

Walter Leimgruber

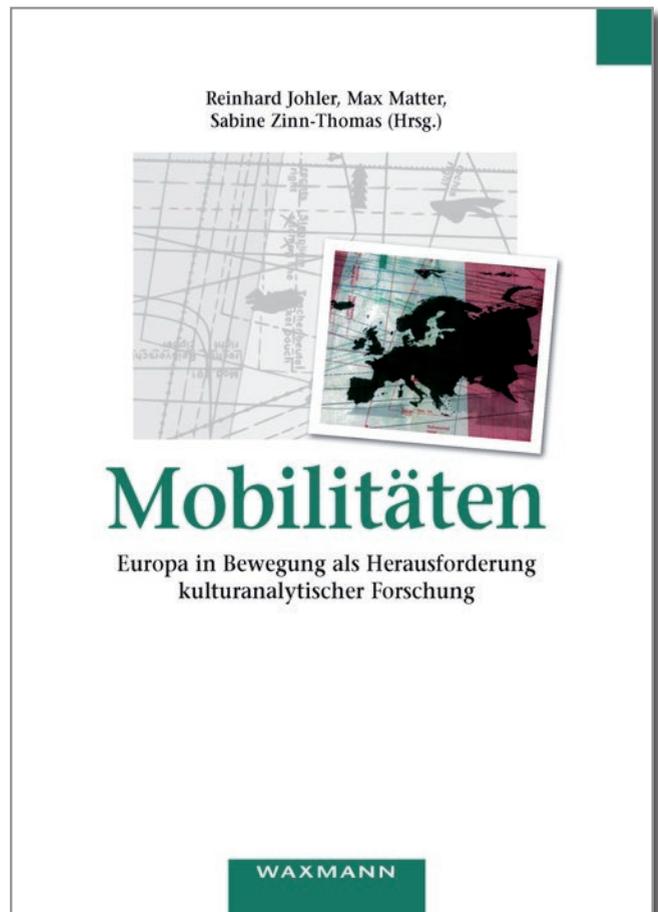
Die Herausforderung der neuen Migration in die Schweiz

Reinhard Johler, Max Matter,
Sabine Zinn-Thomas (Hrsg.)

Mobilitäten – Europa in Bewegung als Herausforderung kulturanalyti- scher Forschung

2011, 596 Seiten, br., 34,90 €,
ISBN 978-3-8309-2495-1

E-Book: 31,40 €,
ISBN 978-3-8309-7495-6



© Waxmann Verlag GmbH, 2011



WAXMANN

Steinfurter Str. 555
48159 Münster

Fon 02 51 – 2 65 04-0
Fax 02 51 – 2 65 04-26

info@waxmann.com
order@waxmann.com

www.waxmann.com
Mehr zum Buch [hier](#).

Die Herausforderung der neuen Migration für die Schweiz

1. Einführung

„Gehen wir Euch auf den Sack?“, fragt Maria Liessmann, die deutsche Chefredakteurin der schweizerischen Gratiszeitung „Blick am Abend“¹ in einem Artikel provokativ und meint damit die Deutschen, die in den letzten Jahren in grosser Zahl in die Schweiz eingewandert sind. Und die ebenfalls aus Deutschland stammende Radiomoderatorin Katrin Wilde, die bedroht wurde, weil einige Hörer auf dem Lokalsender nur Dialekt und kein Hochdeutsch hören wollten, trifft auf „eine Borniertheit, die ich bisher nicht kannte“.² Umgekehrt finden 66 Prozent der Leser der grössten Boulevardzeitung, des „Blick“, es gebe zu viele Deutsche in der Schweiz. Der „Sonntagsblick“: „Im Klartext: Die Schweiz wird deutsch.“³

Seit einigen Jahren wird in den schweizerischen Medien intensiv über alle möglichen Aspekte deutscher Migration debattiert. Der „Blick“ verdichtete die Diskussion zur Serie „Wie viele Deutsche verträgt die Schweiz?“.⁴ Die Stimmung scheint aufgeheizt, Konflikte vorprogrammiert. Und so mag selbst der dramatische Titel „Zum neuen Schwabenkrieg“ nicht mehr wirklich zu erstaunen.⁵

Dabei schien es, als hätte die Schweiz nach jahrzehntelanger Einwanderung und heftigen Diskussionen nun die perfekte Lösung für alle Migrations- und Integrationsprobleme gefunden: die Einwanderung der Deutschen. Diese wird von vielen Kommentatoren als ideal bewertet: Es kommen gut ausgebildete Leute in diversen Berufssparten, von Handwerkern bis Professoren, und die beiden Nachbarn sprechen die gleiche Sprache und sind sich kulturell ähnlich.

Damit hat sich das Gesicht der Migration fundamental gewandelt. Betrachten wir dazu einige Daten zur Einwanderung in die Schweiz: Der Ausländeranteil steigt seit dem Zweiten Weltkrieg kontinuierlich, im Jahre 2008 beträgt er 22,6 Prozent. Der Anteil an der Erwerbsbevölkerung liegt sogar bei 26,8 Prozent.⁶ In einzelnen Städten sind 30 bis 44 Prozent (Genf) der Bewohner Ausländer. Zudem besitzt ein relativ hoher Anteil der Bevölkerung eine doppelte und mehrfache Staatsbürgerschaft, die von der Schweiz seit 1992 akzeptiert wird. Vergleichen wir diese Zahlen mit anderen Staaten, stellen wir fest, dass nur das klassische Einwanderungsland Australien auf einen ähnlich hohen Prozentsatz kommt; die meisten westeuropäischen Länder weisen einen Ausländeranteil von ca. 8-13 Prozent auf.⁷

1 Blick am Abend, 13.8.2009.

2 20 Minuten, 2.10.2007.

3 Sonntags-Blick, 11.2.2007.

4 Blick, ab 16.2.2007.

5 NZZ, 8.4.2009. Der Schwabenkrieg, auch als Schweizer- oder als Engadinerkrieg bezeichnet, war ein von Januar bis September 1499 dauernder Konflikt der Schweizerischen Eidgenossenschaft mit Habsburg-Österreich und dem Schwäbischen Bund um die Vorherrschaft im habsburgisch-eidgenössischen Grenzgebiet. Die Schwaben beschimpften die Schweizer als „Kuhschweizer“, die Schweizer die Schwaben als „Sauschwaben“. Der Zusatz „Kuh-Schweizer“ verwies auf die bäuerliche, nicht-aristokratische Herkunft der Eidgenossen, aber auch auf angebliche sodomistische Praktiken der Bauern. „Schwabe“ ist in der Schweiz bis heute ein gebräuchlicher, etwas pejorativer Ausdruck für Deutsche generell.

6 http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/07/blank/dos/la_population_etrangere/intro.html [Datum des Zugriffs 15.3.2010].

7 Avenir Suisse/ Müller-Jentsch, Daniel: (Hrsg.): Die neue Zuwanderung. Die Schweiz zwischen Brain-Gain und Überfremdungsangst. Zürich 2008, Beiheft: Die neue Zuwanderung in Zahlen, S. 3.

Der hohe Ausländeranteil wird von einigen Kommentatoren relativiert mit dem Hinweis auf die im europäischen Vergleich tiefe Einbürgerungsquote. Diese liegt höher als in Italien, Spanien oder Deutschland, aber tiefer als in Frankreich, Grossbritannien, Belgien und den skandinavischen Staaten. Allerdings ist seit den 1990er Jahren eine starke Zunahme der Einbürgerungen zu verzeichnen.⁸ Knapp 60 Prozent der Einwanderer stammen aus Mitgliedstaaten der EU, rund 22 Prozent aus dem ehemaligen Jugoslawien, der Rest aus der Türkei und Afrika, Asien und Lateinamerika.⁹

Im 20. Jahrhundert beherbergte die Schweiz fast in jedem Jahrzehnt prozentual mehr Immigranten als Kanada, Australien oder die USA. Und kein anderes OECD-Mitglied mit Ausnahme Australiens hat einen so hohen Anteil von im Ausland geborenen Personen an der Wohnbevölkerung, nämlich rund 24 Prozent; in den USA sind nur 13 Prozent der Bevölkerung im Ausland geboren. Ein Drittel der Schweizer Bevölkerung ist entweder selbst eingewandert oder hat einen eingewanderten Elternteil.¹⁰ Fast die Hälfte aller Ehen in der Schweiz wird zwischen Partnern unterschiedlicher Nationalität geschlossen.¹¹

Umgekehrt gab es 2006 rund 645.000 so genannte Auslandschweizer, also Menschen mit Schweizer Pass, die nicht in der Schweiz leben, das entspricht mehr als zehn Prozent der Schweizer Bürger. 70 Prozent davon besitzen doppelte Staatsbürgerschaften, zwei Drittel leben in Europa, vor allem in Frankreich und Deutschland. Zehn Prozent der schweizerischen Akademiker leben im Ausland, eine Rate, die nur von Irland, Grossbritannien und Neuseeland übertroffen wird.¹²

2. Phasen der schweizerischen Einwanderungspolitik

Schauen wir uns die Entwicklung der Migration und die Phasen der Migrationspolitik in der Schweiz an, erkennen wir, dass sie von jahrzehntelangen, teilweise sehr heftig geführten Diskussionen mit einer ganzen Reihe von Volksabstimmungen zur Frage der Begrenzung der Einwanderungszahl geprägt sind. Bis Ende des 19. Jahrhunderts war die Schweiz allerdings selbst ein Auswanderungsland. Dies ist weitgehend aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden, wie auch die heutige Auswanderung (rund 30.000 Schweizer pro Jahr) praktisch nicht wahrgenommen wird.¹³

Die erste Phase der Einwanderung¹⁴ von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg war von einer offenen Einstellung gegenüber Zuwanderern gekennzeichnet. Arbeitskräfte wurden insbesondere für grosse Infrastrukturprojekte wie den Bau der Alpentunnel und für die neu entstehenden Industrien rekrutiert. Rasche Einbürgerungen sollten die „Fremden“ möglichst verschwinden lassen. Dennoch betrug der Ausländeranteil bereits 1914 15,4 Prozent. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs löste dies verstärkt

8 Avenir Suisse, Beiheft (wie Anm. 7), S. 28; Caritas Schweiz: Wo steht die Schweizer Migrationspolitik? Herausforderungen und Chancen. Luzern 2007, S. 42.

9 Caritas Schweiz (wie Anm. 8), S. 43.

10 <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/22/press.Document.24677.pdf> [Datum des Zugriffs 29.3.2010].

11 NZZ, 8.9.2009, Hinweis auf „Demografisches Verhalten der Familien in der Schweiz, 1970 bis 2008“ des Bundesamtes für Statistik.

12 Avenir Suisse, Beiheft (wie Anm. 7), S. 31.

13 http://www.nzz.ch/hintergrund/dossiers/abstimmung_zur_personenfreizuegigkeit/hintergrundartikel_personenfreizuegigkeit/personenfreizuegigkeit_heisst_auch_auswandern_1.1432005.html [Datum des Zugriffs 29.3.2010].

14 Diese Einteilung basiert auf Wicker, Hans-Rudolf: Einleitung: Migration, Migrationspolitik und Migrationsforschung. In: Ders.; Fibbi, Rosita; Haug, Werner (Hrsg.): Migration und die Schweiz. Zürich 2003, S. 12–62, hier S. 24–35; vgl. auch Mahnig, Hans: Histoire de la politique de migration, d'asyle et d'intégration en Suisse depuis 1848. Zurich 2005.

Ängste aus. Wie überall in Europa dieser Zeit wurden nun Pass-, Visums- und andere Kontrollen eingeführt, um die Wanderungen zu kontrollieren.

Es folgte eine lange Periode der „Überfremdungsdebatte“, die bis Ende der 1980er Jahre dauerte. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden im Zeichen des raschen wirtschaftlichen Aufschwungs Arbeitskräfte aus dem südlichen Europa angeworben. Ziel war aber nicht deren Niederlassung in der Schweiz, vielmehr bestimmte die Idee einer Rotation die Politik: Die so genannten „Fremdarbeiter“ sollten ein paar Jahre im Lande bleiben und dann wieder gehen. Viele in saisonalen Gewerben wie Bauindustrie und Tourismus Tätige kamen als Saisoniers sogar im Jahresrhythmus, arbeiteten rund neun Monate im Land, kehrten dann für drei Monate in ihre Herkunftsstaaten zurück, um in der folgenden Saison erneut einzureisen. Struktur- und innovationsschwache Wirtschaftszweige (Bauwirtschaft, Landwirtschaft, Tourismus) wurden mit möglichst billigen Arbeitskräften – häufig ohne Berufsausbildung – stabilisiert, was ihre Modernisierung beeinträchtigte. Die Migration gehorchte ausschliesslich einer kurzfristigen Wirtschaftslogik, die Migranten dienten als Konjunkturpuffer, die in der Krise der 1970er Jahre die Arbeitslosigkeit im Land selbst abfederten, indem sie in die Herkunftsstaaten abgeschoben wurden. Integrationsbemühungen gab es damals keine. Lange Zeit galten zuerst die Italiener, dann die „Jugos“ ohnehin als fremde und nicht wirklich integrierbare Kulturen.

Dieses Rotationssystem wurde lange aufrechterhalten, obwohl es nicht funktionierte und die Menschen nicht zurückkehren wollten. Daher wurden die Einbürgerungsschranken angehoben, und eine so genannte Plafonierungspolitik sorgte seit den 1960er Jahren für eine Kontingentierung, also eine Festlegung von Maximalzahlen der Einwanderung nach Branchen.

Mehrere von rechtsnationalen Organisationen eingereichte Volksinitiativen (1970, 1974, 1977, 1988, 2000) verlangten eine Beschränkung der Zahl der Ausländer, keine wurde angenommen. Die zum Teil aggressiven Debatten im Umfeld der Abstimmungen hatten aber einen spürbaren Einfluss auf die politische Stimmung.

Die fehlenden Integrationsbemühungen haben Auswirkungen bis in die Gegenwart, etwa bei den Heiraten. Der Familiennachzug war noch 2005 mit 37,3 Prozent der wichtigste Einwanderungsgrund, ein deutlicher Hinweis darauf, dass viele Eingewanderte ihren Lebenspartner im Herkunftsland, nicht in der Schweiz suchen.¹⁵ Etwa gleich gross war die Einwanderung zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, der Rest betrifft Aus- und Weiterbildung, Einreisen ohne Erwerbstätigkeit, Flüchtlinge, Härte- und Spezialfälle.

Nur zögernd und unter dem Druck der Auswanderungsstaaten wie Italien passte das Land seine Ausländerpolitik nach und nach an. Bis zu Beginn der 1990er Jahre schloss die Regierung Abkommen mit verschiedenen Ländern, die ein Abschieben der Migranten bei Arbeitslosigkeit verhinderten und die Niederlassungen regelten und begünstigten. Die Ausländerdebatte verschob sich zunehmend auf Asylsuchende, deren Zahl damals stark anstieg (im Vergleich zu den Gesamt migrationszahlen aber minimal blieb). Hohe Arbeitslosenzahlen, Ausländerkriminalität, Asylmissbrauch und Missbrauch der Sozialausgaben wurden zu wichtigen medialen und politischen Themen und bereiteten das Terrain für den Aufstieg der Rechtspopulisten wie der Schweizerischen Volkspartei (SVP), während eine realistische Migrations- und Integrationspolitik weitgehend fehlte.

Erst zu Beginn der 1990er Jahre kam es zu Reformen: 1991 wurde offiziell das Dreikreise-Modell eingeführt, das auf einer problematischen Einteilung der Herkunftsländer nach „kultureller Distanz“ basiert, welche der in Zürich lehrende Soziologe Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny geschaffen hatte.¹⁶ Den ersten Kreis bilden die EU/EFTA-Länder, den

15 Liste der Einwanderungsgründe in Caritas Schweiz (wie Anm. 8), S. 44.

16 Ebd., S. 63.

zweiten die USA, Kanada, Australien und Neuseeland, alle anderen den dritten. Personen aus dem ersten Kreis behielten gute Chancen, auf dem Arbeitsmarkt zu einer Stelle in der Schweiz zu kommen, für Personen aus dem zweiten Kreis war das schon viel schwieriger, Menschen aus dem dritten Kreis blieben fortan praktisch chancenlos. Mittels Kontingenten wurde der Zustrom aus den drei Kreisen gesteuert. 1998 wurde das Modell durch ein duales Zulassungssystem, das man auch als Zwei-Kreise-Modell verstehen kann, abgelöst. Dieses privilegierte weiterhin die Einwanderung aus EU/EFTA-Staaten, der Status der Saisoniers wurde abgeschafft und das Asylrecht verschärft. Die räumliche, politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von der EU, von der schweizerischen Politik offiziell gerne ignoriert, machte sich auch in der Migrationspolitik immer deutlicher bemerkbar.

Ein so genanntes Freizügigkeitsabkommen im Rahmen der Bilateralen Verträge I, welche die Zusammenarbeit zwischen der EU und der Schweiz in verschiedenen Bereichen regeln, verbessert die Rechtsstellung der Migranten aus EU/EFTA-Staaten seit 2004 markant. Deren Anteil steigt nun deutlich, der Zuzug hat aber bereits in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre eingesetzt. Und primär kommen seither die Nachbarn. Die Zahl der Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien, die in den 1990er Jahren den höchsten Anteil ausgemacht hatten, fiel auf rund 5.000 pro Jahr, die in den 1970er und 80er Jahren dominierende italienische Migration kam praktisch zum Erliegen, diejenige aus Deutschland stieg von rund 9.000 pro Jahr in den 1980er Jahren auf 46.000 pro Jahr 2008.¹⁷ Zurzeit leben rund 251.000 Deutsche in der Schweiz.¹⁸

2008 trat ein neues Ausländergesetz in Kraft, das für Arbeitskräfte ausserhalb der EU weiterhin deutliche Beschränkungen vorsieht und eine Einwanderung nur für benötigte Fachkräfte zulässt. Die Einbürgerung wird erleichtert, und erstmals taucht in einem Bundesgesetz der Integrationsbegriff auf.¹⁹

In weiten Teilen der Bevölkerung ist heute die Migration als demografische und wirtschaftliche Notwendigkeit akzeptiert, allerdings bei einer Unterteilung in erwünschte, sprich qualifizierte aus EU/EFTA-Ländern, und unerwünschte, sprich nichtqualifizierte und Nicht-EU/EFTA-Zuwanderer.

Nun kommen die neuen Migranten meist aus „nahen Kulturkreisen oder sie teilen ähnliche Werthaltungen wie die Schweizer“²⁰. Früher stammten drei Fünftel aus Nicht-EU/EFTA-Staaten, meist aus Süd- und Südosteuropa, jetzt ist das Verhältnis umgekehrt.²¹ Die neuen Zuwanderer verfügen aufgrund der Abkommen mit der EU in der Regel über einen im Vergleich zu den früheren Migranten verbesserten Aufenthaltsstatus und sind rechtlich den Einheimischen weitgehend gleichgestellt.

Zwischen 1997 und 2007 stieg die Zahl der Erwerbstätigen in der Schweiz um über 461.000 Personen an, das entspricht einem Zuwachs von mehr als elf Prozent. Allein 2003 bis 2007 betrug der Zuwachs 257.000 Personen oder sechs Prozent. Der Grund für diese Schaffung neuer Arbeitsplätze liegt im wirtschaftlichen Strukturwandel. Im Zeichen der Globalisierung entwickelt sich die Schweiz immer stärker von einem Industriestandort zu einer wissens- und humankapitalintensiven Wirtschaft, die einen hohen Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften aufweist, den sie selber nicht decken kann. Laut OECD-Schätzung ist etwa die Hälfte des jüngsten Wachstums auf die Personenfreizügigkeit zurückzuführen. „Mit

17 <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/07/blank/data/03.html> [Datum des Zugriffs 29.3.2010].

18 Statistiken finden sich auf: <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/07/blank/data/01.html> [Datum des Zugriffs 29.3.2010].

19 Prodolliet, Simone: Integration als Zauberformel. In: Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik 51 (2006), S. 85–94; Welche Integration? Terra cognita. Schweizer Zeitschrift zu Integration und Migration, Heft 9, Bern 2006.

20 Avenir Suisse, Neue Zuwanderung (wie Anm. 7), S. 7.

21 Ebd., Beiheft, S. 14f.

der Neuen Zuwanderung hat sich etwa die Kosten-Nutzen-Bilanz der Immigration deutlich zum Positiven gewendet“, frohlockt daher der Wirtschafts-Think Tank Avenir Suisse.²² Waren es früher primär Einwanderer mit niedrigem Ausbildungsniveau, kommen heute hochqualifizierte Arbeitskräfte ins Land.

3. Ein fundamentaler Wandel

Betrachtet man diese Entwicklungen, fallen mehrere Punkte auf:

- Es findet praktisch keine Diskussion über diesen Wandel der Migrationsbevölkerung wie auch der Migrationspolitik statt.

Das grosse Schreckensszenario beim Abschluss des Freizügigkeitsabkommens mit der EU war die Masseneinwanderung aus Rumänien und Bulgarien. Die Überfremdungs- und Integrationsdiskussion folgt seit Jahrzehnten den gleichen Mustern, ist dominiert von der Angst vor einer „Überschwemmung“ mit schlecht qualifizierten Menschen aus Gebieten, von denen man sich kulturell weit entfernt sieht. Die Bilder und Vorstellungen vom südländischen oder balkanischen Einwanderer werden trotz des Wandels weiterhin beschworen und dienen den populistischen Parteien als Motor ihrer Politik.²³

- Integrationsmassnahmen sind nur für Unterschichten und klassische Migranten vorgesehen.

Neue integrationspolitische Konzepte und Massnahmen auf lokaler und kantonaler Ebene stehen seit einigen Jahren unter dem Motto „Fördern und fordern“, Sprachkompetenz beispielsweise wird zunehmend als Druckmittel eingesetzt.²⁴ Die neuen Immigrantengruppen werden aber gar nicht als Teil der Migrationspolitik wahrgenommen: „Die Deutschen“ gelten als Sonderproblem für die schweizerische Mentalität. Alle anderen „expatriate communities“ meist hochqualifizierter Zuwanderer etwa der Finanz-, Pharma- und IT-Branche existieren als von der Öffentlichkeit kaum beachtete Subkulturen und Parallelwelten, ihre Kinder gehen in internationale oder private Schulen, die Erwachsenen treffen sich in Clubs.

- Von der Unterschichtung zur Überschichtung.

2006 besaßen beinahe 60 Prozent der Einwanderer einen akademischen Bildungsabschluss, was den Akademikeranteil der Schweizer um mehr als das Doppelte übertrifft. Während die Immigration während Jahrzehnten wenig qualifizierte Personen ins Land gebracht hatte, um Positionen zu besetzen, welche Schweizer nicht übernehmen wollten, treten die neuen Migranten in vielen Fällen Kaderstellen an. Der früheren beruflichen und sozialen Unterschichtung folgt damit eine Überschichtung. 60 Prozent der Geschäftsleitungen der an

22 Avenir Suisse, Neue Zuwanderung (wie Anm. 7), S. 13.

23 Einige Monate nach diesem Vortrag startete die rechtspopulistische Schweizerische Volkspartei (SVP) allerdings eine Attacke gegen Deutsche, primär gegen deutsche Professoren, die den Schweizern den Arbeitsplatz wegnehmen würden. Universitäten und Wirtschaft konterten mit dem Gegenvorwurf des Rassismus. Vgl. etwa „Deutscher Filz macht sich breit: Denn Deutsche stellen vor allem Deutsche an – an der Uni und an den Spitälern“, Inserat der SVP in der NZZ, 15.12.2009, Inserat von Universitätsprofessoren „In ihrer jüngsten Kampagne behauptet die SVP, dass sich an der Zürcher Uni und in den Spitälern ‚deutscher Filz‘ breitmache“, NZZ, 30.12.2009; „Deutsche Professoren“, Weltwoche 1, 1.-7.1.2010; „Die Suche nach dem deutschen Filz“, NZZ, 9./10.1.2010; „Die Schweiz macht ein gutes Geschäft“, NZZ, 18.1.2010; Tages-Anzeiger, 30.1.2010 (Dossier zu den Deutschen in Zürich).

24 Vgl. Piñeiro, Esteban; Bopp, Isabelle; Kreis, Georg (Hrsg.): Fördern statt fordern im Fokus. Leerstellen des schweizerischen Integrationsdiskurses. Zürich 2009.

der schweizerischen Börse kotierten Unternehmen sind Ausländer. 2006 waren 43 Prozent aller Professoren und 47 Prozent aller wissenschaftlichen Mitarbeiter an den Hochschulen Ausländer. 45 Prozent dieser ausländischen Professoren stammten aus Deutschland.²⁵

- Die Migrationspolitik ist – allen Beteuerungen zum Trotz²⁶ – wieder strukturerhaltend und reformverzögernd.

Allerdings sind die Auswirkungen etwas andere als bei der klassischen Einwanderung. Betroffen sind diesmal weniger einzelne Wirtschaftszweige als die Infrastruktur, insbesondere der Bildungsbereich. Denn durch die Einwanderung kann die teure Pflege der eigenen Humankapitalbasis, sprich die adäquate Ausbildung der Einheimischen, vernachlässigt und auf diese Weise viel Geld gespart werden.

Die Schweiz pflegt ein so genanntes duales System, d. h. die Bildung auf dem Schulweg bis zur tertiären Stufe (Hochschulen) steht gleichwertig neben der Berufsbildung, die eine Berufslehre umfasst, bei der die Auszubildenden von den Firmen angestellt werden, in denen sie ihre Ausbildung erhalten. Der Zugang zu den Gymnasien ist daher restriktiv, im Schnitt sind es knapp 20 Prozent eines Jahrgangs, die eine gymnasiale Matur (Abitur) ablegen, in einzelnen Kantonen auch nur 13-14 Prozent.²⁷ Die Selektion ist stark sozial determiniert.²⁸ Ausgebaut wurden in den letzten Jahren die so genannten Fachhochschulen, die für die Ausbildung und Forschung in angewandten Bereichen des Wissens verantwortlich sind und in die der Eintritt vor allem über eine Berufslehre erfolgt. Der Anteil der Uni- und Fachhochschulabsolventen beträgt in der Schweiz 27, im OECD-Durchschnitt 36 Prozent und in einzelnen Staaten gar das Doppelte.²⁹ In den letzten Jahren sind ungefähr gleich viele Akademiker in die Schweiz eingewandert, wie hier ausgebildet werden.

Die beruflichen Anforderungen haben sich im Zuge der Umstellung auf eine wissens- und dienstleistungsbasierte Wirtschaft verändert. Klassische Berufe in Handwerk, Industrie und Verwaltung verlieren gegenüber kreativen und intellektuell anspruchsvollen Tätigkeiten immer mehr an Bedeutung. Hier zeigt sich nun aber, dass der duale Weg nicht ausreicht, weil längst nicht alle Bildungschancen dieses Systems genutzt werden. Der Übertritt an höhere Schulen ist zwar auch hier gewährleistet, wird aber weniger genutzt als man erwarten könnte. Zudem macht sich eine gewisse Sättigung bemerkbar. Viele Absolvierende einer Berufslehre geben sich mit dieser zufrieden, weil man auch mit einer soliden Berufsausbildung gut verdient und sich einen gewissen Wohlstand leisten kann – wohl mehr als mit einer vergleichbaren Qualifikation in anderen Ländern. Aus diesen Gründen fehlen Schweizer, welche die in den letzten Jahren neu geschaffenen Stellen hätten besetzen können, und werden von Immigranten ersetzt.

25 Avenir Suisse, Beiheft, (wie Anm. 7), S. 22.

26 Reto Föllmi beispielsweise kommt in seiner Untersuchung „Gewinner und Verlierer der neuen Zuwanderung, ökonomische Verteilungseffekte“ zum Schluss, dass die Einwanderung von Niedrigqualifizierten den Strukturwandel behindere, derjenige von Hochqualifizierten ihn hingegen fördere (In: Avenir Suisse (wie Anm. 7), S. 141–164, hier S. 163). Vgl. auch Sheldon, George: Migration, Integration und Wachstum. Die Performance und wirtschaftliche Auswirkung der Ausländer in der Schweiz. WWZ-Forschungsbericht 1/07. Basel 2007. Allerdings werden in diesen Untersuchungen rein wirtschaftliche Parameter verwendet und keine gesellschaftlichen Infrastrukturen berücksichtigt.

27 „Quote gymnasialer Maturitäten 2008“, NZZ, 8. 10.2009.

28 Vgl. etwa Hollenweger, Judith: Chancengleichheit an Schweizer Schulen? PISA – Zwischen Forschung, Praxis und Lehre. In: ph/Akzente 2 (2003), S. 19–23, http://www.phzh.ch/webautor-data/dokus/jho_phakzente03_2.pdf [Datum des Zugriffs 15.3.2010]; Coradi Vellacott, Maja u.a.: PISA 2000: Soziale Integration und Leistungsförderung. Die Grundkompetenzen der Jugendlichen – Thematischer Bericht der Erhebung PISA 2000. Neuchâtel 2003.

29 Avenir Suisse (wie Anm. 7), S. 299.

Gleichzeitig tobt eine Auseinandersetzung um das Bildungssystem: Die Akademien der Wissenschaft der Schweiz fordern einen Umbau Richtung Wissensgesellschaft,³⁰ Politik und Wirtschaft hingegen halten in überwiegender Mehrheit am restriktiven Zugang zur Maturität und zur Universität fest.³¹ Sie beschwören den historischen Erfolg dieses Modells (was durchaus zutrifft) und warnen vor einer Akademikerschwemme, ignorieren damit aber auch den Wandel des Anforderungsprofils in vielen Berufsfeldern.

In der Schweiz geniessen traditionelle handwerkliche Berufe seit jeher ein hohes Ansehen, während man „den Studierenden“ eher mit einer gewissen Skepsis gegenübersteht. Diese gelten als Theoretiker und Besserwisser in einer Gesellschaft, welche die hohen Tugenden des manuellen und technischen Könnens (Uhrmacher etc.) preist und noch immer dem Mythos des Bauern, der in jedem Schweizer steckt, anhängt. Das duale System bringt den Firmen zudem gut ausgebildetes Personal zu günstigen Preisen, die wenig Lohn während der Ausbildung und danach weniger Lohn als Akademiker erhalten. Vor allem aber lassen sich auf diese Weise Bildungsausgaben einsparen.

Die Diskussion über die Einwanderung von Deutschen und deren Verhältnis zu den Schweizern kann daher auch als eine Art Ersatzdiskussion für eine problematische Strukturpolitik interpretiert werden. Wer intellektuell etwas auf sich hält, darf sich allerdings nicht daran beteiligen: Akademiker, Politiker und Wirtschaft sprechen von primitiven Vorurteilen, beispielsweise der prominente Literaturwissenschaftler Peter von Matt, der die Medienberichte über die „hässlichen Deutschen“ folgendermassen kommentierte: „... in der Schweiz bilden die Hohlköpfe immer noch die deutliche Minderheit. Man hat aber gelegentlich den Eindruck, sie seien das unworbene Zielpublikum der Medien.“³² Und der in Hamburg wirkende Schweizer Professor Thomas Straubhaar ist „der Meinung, dass dies eine Diskussion ist, bei der man mit aller Gewalt versucht, sich ins eigene Bein zu schießen“.³³ Hämisch spricht man auch vom Neid derjenigen, die auf der Karriereleiter nicht mehr automatisch aufwärts steigen würden.³⁴

Die strukturelle Ebene hingegen wird ignoriert: Ausbildungslücken werden nicht intern, sondern durch Import gestopft. Man kann das positiv beurteilen als Wettbewerb und Flexibilität. Man kann das aber auch sehen als eine Politik der Wirtschaft, auf billige Weise die benötigten Arbeitskräfte zu rekrutieren, ohne sich an den Kosten für deren Ausbildung und generell der gesellschaftlichen Infrastruktur beteiligen zu müssen. In dieser Sichtweise gleicht die Immigrationspolitik wiederum jener der Nachkriegszeit, in der die Wirtschaft mit Immigranten ihre Strukturschwäche überdeckte und Investitionen scheute. Sie profitierte, die Allgemeinheit trug die sozialen Kosten der Integration. Nur dank der ausländischen Arbeitskräfte ist Wachstum möglich, lautet das Credo heute. Und das ist wohl in der Tat so, denn die inländischen fehlen, weil sie gar nicht ausgebildet wurden. Über die gesellschaftlichen Folgen einer solchen Politik lässt sich im Moment nur spekulieren. Einige Abstimmungsresultate der jüngeren Zeit weisen jedoch darauf hin, dass das Frustrationspotential wesentlicher Teile der schweizerischen Bevölkerung deutlich zugenommen hat, ohne dass dies jedoch gezielt artikuliert werden kann. Denn Abstimmungen, in

30 Akademien der Wissenschaften Schweiz: Zukunft Bildung Schweiz. Anforderungen an das schweizerische Bildungssystem 2030. Bern 2009 (<http://www.akademien-schweiz.ch/downloads/ZukunftBildungSchweiz.pdf> [Datum des Zugriffs 15.3.2010]).

31 Die Reaktionen auf den Bericht waren praktisch einhellig negativ. Vgl. etwa „Provokation aus dem Elfenbeinturm“, NZZ, 3.9.2009; „Das duale Berufsbildungssystem – ein Auslaufmodell?“, NZZ, 5./6.9.2009; „Des Professors Bildungsutopie“, Tages-Anzeiger, 9.9.2009.

32 TA, 7.2.2007.

33 Interview mit Thomas Straubhaar: Die Personenfreizügigkeit und der Alinghi-Effekt. In: Avenir Suisse (wie Anm. 7), S. 129–138, hier S. 137f.

34 Kurt Imhof in Avenir Suisse (wie Anm. 7), S. 170.

denen die Bürgerinnen und Bürger präzise zu diesen Fragen Stellung nehmen, stehen als Folge der fehlenden Diskussion auch gar nicht an. Vielmehr findet diese Stimmung in einem allgemeinen Missmut gegenüber der Migrations- und Wirtschaftspolitik Ausdruck.

4. Und die Wissenschaft?

Wie reagiert nun die Forschung auf diesen Wandel der Migration? Weite Teile der eigentlichen Migrations- und Integrationsforschung haben diese Änderungen noch kaum zur Kenntnis genommen. Man bleibt bei alten Vorstellungen und Konzepten der klassischen Arbeitsmigranten. An Themen wie *skilled labor*, veränderte Arbeitswelten, neue Rolle des Staates wagt man sich nur zögerlich heran. Man pflegt bisweilen das liebgewordene Bild des armen Fremden, dem geholfen werden muss, so hartnäckig, wie unser Fach am Bild einer bäuerlich-ländlichen Gesellschaft festgehalten hat, als es diese kaum mehr gab. Wissenschaft ist damit im Takt mit der öffentlichen Wahrnehmung, aber nicht dort, wo sie sein sollte, wenn sie beansprucht, Entwicklungen genau zu beobachten und zu analysieren.

Ein wesentlicher Teil der Forschenden, die sich mit wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen generell beschäftigen, begrüsst die neue Entwicklung, wie die oben angeführten Beispiele zeigen. Ökonomen, aber auch Soziologen unterstützen die Neuausrichtung als wettbewerbsstärkend; die Kritik daran, die ohnehin keine migrationstheoretische oder -politische ist, sondern auf das Phänomen der Deutschen zielt, wird praktisch unisono als rassistisch motiviert zurückgewiesen.

Wo man innerhalb der Migrations- und Integrationsforschung neuere Ansätze erkennt, handelt es sich meist um Auseinandersetzungen mit transnationalen und postkolonialen Konzepten. Man diskutiert dort vorgetragene Thesen wie die neuen parastaatlichen Räume, die Schwächung des Staates und die Netzwerke der Transmigranten. Migration wird immer weniger als Bewegung von einem Nationalstaat zu einem anderen verstanden, sondern vielmehr als Netz, das sich zwischen Staaten und über staatliche Strukturen und Gesellschaften hinweg aufspannt. Diesen ‚Aufstieg‘ neuer gemeinschaftsbildender und -fördernder Strukturen setzt die Forschung parallel zum Verfall nationaler Institutionen. Hierbei bilden sich nach Auffassung der Transnationalismus-Theoretiker soziale Wirklichkeiten heraus, welche die Verflechtungszusammenhänge sowohl der Auswanderungsregion als auch der Ankunftsregion qualitativ transformieren und sich als neue Sozialräume zwischen und über den Nationalstaaten aufspannen.³⁵ Empirische Untersuchungen über die neueren Migrationsgruppen und deren suprastaatlichen Strukturen fehlen aber praktisch vollständig. Und die Vorstellungen von der schwindenden Bedeutung des Staates sind kaum in Deckung zu bringen mit den zu beobachtenden Entwicklungen. Der Staat scheint nämlich im Gegenteil gestärkt und geht neue Koalitionen ein, indem er die neue Migrationspolitik durchsetzt und gleichzeitig eine Gesellschaftspolitik festschreibt, die an so genannte traditionelle Werte anknüpft, wo immer dies der Kostensenkung und der Gewinnoptimierung dient. Ein cleverer Schachzug, denn mit dem zweiten Punkt gewinnt er gleichzeitig die Unterstützung all derjenigen, die aufgrund ihrer soziostrukturellen Merkmale eigentlich zu den Verlierern dieser Politik gehören: Der Bauern, Handwerker, Gewerbetreibenden, Rentner und Hausfrauen, die sich in einer konservativen, bewahrenden Haltung eine Stabilisierung ihrer bröckelnden sozialen und ökonomischen Sicherheit erhoffen.

Eine Partei wie die Schweizerische Volkspartei (SVP) zeigt, wie dieser Spagat funktioniert: Man singt das hohe Lied der traditionellen Werte, insbesondere der Familie mit

35 Vgl. Pries, Ludger: Transnationalisierung der Migrationsforschung und Entnationalisierung der Migrationspolitik. In: IMIS-Beiträge 15 (2000), S. 55–77; Ders.: Transnationalisierung der sozialen Welt? In: Berliner Journal für Soziologie 2 (2002), S. 263–272.

klassischer Rollenteilung, bei der die Mutter zuhause bleibt und sich um die Kinder kümmert. Man lobpreist den Föderalismus, der dazu geführt hat, dass jeder Kanton ein eigenes Bildungssystem und einen eigenen Lehrplan besitzt, so dass der Übertritt an höhere Schulen zu völlig unterschiedlichen Zeitpunkten erfolgt. Familien, die ihren Wohnort wechseln müssen, stehen vor enormen Problemen und Beschränkungen; die Mobilität wird massiv behindert. Versuche zur Koordinierung der Schulsysteme treffen auf heftigen Widerstand.

Die Schweiz verfügt aufgrund der traditionell starken Stellung gesellschaftskonservativer Parteien zudem über eine im europäischen Vergleich weit unterdurchschnittliche Ausstattung mit Krippen, Horten, Ganztageschulen und Betreuungsplätzen, was vielen Frauen berufliche Arbeit erschwert oder verunmöglicht. Vor allem Führungspositionen, in denen ein hohes Mass an Flexibilität erforderlich ist, lassen sich dadurch kaum nutzen. Das aggressive Lied ausländerfeindlicher Politik wird also verbunden mit einer Familien- und Strukturpolitik, die vielen Menschen eine berufliche Tätigkeit, v.a. auf Leitungsebene, erschwert und verunmöglicht, mit einer Selektionspolitik, die den Angehörigen unterer Schichten den Zugang zu höherer Bildung extrem erschwert, und mit einer Wirtschaftspolitik, die auf *global players* setzt. Die Milliardärsfamilie von Christoph Blocher, einst selbst aus Deutschland zugewandert, welche die global tätige Ems Chemie wie auch die SVP dominiert, ist eine typische Vertreterin dieser Haltung.

Neue, virtuelle Räume, wie sie beispielsweise Arjun Appadurai skizziert hat,³⁶ sind teilweise durchaus erkennbar, die *financescapes* etwa mit wahrhaft globalen Folgen, wie wir gerade erlebt haben. Das Transkulturalitätskonzept zeigt Kultur als spannungreiches Hin und Her, welches nicht ein ‚Entweder-Oder‘, sondern ein ‚Sowohl-als-Auch‘ hervorhebt: „Es kommt künftig darauf an, die Kulturen jenseits des Gegensatzes von Eigenkultur und Fremdkultur zu denken.“³⁷ Die Anthropologie beschäftigt sich vor diesem Hintergrund zunehmend mit Konzepten und Begriffen, welche die Übergänge, das Graduelle, das Ineinanderfließen hervorheben, nicht mehr die starre Grenze, sondern den Übergangsraum des Grenzlandes thematisieren. Prozesse, Ströme und Mobilitäten werden zu bevorzugten Themen.

Dazwischen aber erstarken als Gegendruck regionale oder nationale Räume, die von den politischen Akteuren auch bewusst besetzt werden. Global tätige Dienstleister wie die Banken setzen auf die Unterstützung des Staates (und erhalten sie auch), die Linke pflegt eine ausschliesslich nationalstaatlich ausgerichtete Sozialstaatsrhetorik, welche etwa im Migrationsbereich die Änderungen kaum zur Kenntnis nimmt und an Modellen der multikulturellen Gesellschaft festhält. Statt über Fragen der kulturellen Differenz zu reden, wäre es aber wichtig, sich die sozio-politischen Folgen der Migration anzusehen. Abschliessend seien dazu einige Beobachtungen und Fragen formuliert:

36 Appadurai hat vorgeschlagen, die globale kulturelle Ökonomie aufzuteilen in *ethnoscapes*, *mediascapes*, *technoscapes*, *financescapes* und *ideoscapes*. Vgl. Ders.: *Global Ethnoscapes: Notes and Queries for a Transnational Anthropology*. In: R. G. Fox (Hrsg.): *Interventions: Anthropologies of the Present*. Santa Fe, S. 191–210, und: *Modernity At Large: Cultural Dimensions of Globalization*. Minneapolis 1996.

37 Welsch, Wolfgang: *Stadt – T – räume. Zwischen Alptraum und Utopie. Reader für Multiplikatoren in der Jugend- und Bildungsarbeit*. Hrsg. vom Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismearbeit e.V. Düsseldorf 2001, S. 35–38, hier S. 35.

Elitemigration und gesellschaftliche Integration

Die Sozialpolitik wird durch die Tatsache, dass mehr als ein Fünftel der Bevölkerung und mehr als ein Viertel der Berufstätigen keine politischen Rechte besitzen, wesentlich beeinflusst. Nicht nur deshalb, aber verstärkt durch diesen Ausschluss, ist die Politik in den letzten zwei Jahrzehnten wirtschaftsfreundlicher und globalisierungsfreudiger geworden. Steueranreize für Unternehmen und Reiche wurden in rascher Folge ausgebaut und von einzelnen Kantonen gar zum Kern ihrer Politik gemacht, während andere Ebenen (unsoziale Familienbesteuerung, ungenügendes Versorgungsniveau mit Kinderbetreuungsplätzen, Bildungspolitik) vernachlässigt bleiben.

Wenn sechzig Prozent der Unternehmen von Ausländern geleitet werden und die Führungskräfte immer häufiger einwandern, wird auch ein wesentlicher Teil der Wirtschaftselite von den politischen Rechten ferngehalten oder hält sich bewusst von diesen fern. Nun ist die Schweiz lange Zeit durch eine ausgeprägte Verknüpfung der Eliten gekennzeichnet gewesen: Karrieren in Wirtschaft, Politik, Militär und Wissenschaft gingen oft Hand in Hand. Man kann das mit guten Gründen als problematische Verfilzung sehen (die sich auch in manchen Fällen belegen lässt), muss aber auch die hohe Kommunikationsdichte, das Funktionieren eines konsensorientierten Politikstils und die Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung durch diese Gruppen berücksichtigen. Gerade in einem kleinen, direkt-demokratischen Staat ist eine hohe Beteiligung der Elite in mehreren gesellschaftlichen Feldern unabdingbar. Heute beobachten wir eine zunehmende Elitedifferenzierung; reine Funktionseliten, die nur noch in einem Bereich tätig sind, ersetzen die Nationaleliten von früher nach und nach. Die Suche nach gemeinsamen Deutungsmustern und geteilten Werten wird dadurch erschwert, gerade auf gesellschaftlicher Ebene, da viele sich hier gar nicht engagieren. Die Diskussionen um die Rolle der Banken und der Banker, aber auch generell um die „Abzocker“, die sich mit enormen Löhnen und Boni bedienen, ohne sich um gesellschaftliche Folgewirkungen zu kümmern, sind ein Zeichen für die zunehmende Irritation breiter Bevölkerungskreise über solche Entwicklungen.

Die Frage lautet daher: Bisher sah man die gesellschaftliche Integration gefährdet durch die Migration von unten. Was bedeutet aber eine fehlende Integration von Elitemigranten für Gesellschaft und Politik? Den klassischen Arbeitsmigranten wurde lange Zeit die Integration vorenthalten (viele Hürden, Rotation, fehlende Einbürgerung). Elitemigranten erhalten praktisch alle Rechte sofort. Interessanterweise ist das Resultat ungefähr dasselbe: Es fehlt das Interesse am politischen und gesellschaftlichen Engagement. Dies kann ein politisches System, das von der aktiven Beteiligung möglichst vieler lebt, längerfristig gefährden.

Es fehlen aber empirische Arbeiten zu all diesen Fragen. Es bleibt zu klären, ob es sich bei den als transnational bezeichneten Migranten wirklich um die in plurilokal aufgespannten Räumen frei schwebenden Netzwerker handelt, denen die ganze Welt offen steht, wie manche Transnationalismus-Theoretiker dies vermuten. Noch ist unklar, ob eine Migration ohne vielfältige gesellschaftliche Anbindungen die sozialen Strukturen eines Staates tief greifend verändern wird oder ob der Glaube, dass Transmigranten sozusagen grenzenlose Perspektiven haben, die Macht von nationalstaatlichen Strukturen, Schichtungen und Reproduktionen nicht doch zu stark vernachlässigt. Wie funktionieren demokratische Systeme in solchen Kontexten? Wie verhalten sich die Transmigranten bei Fragen wie Steuern, Krankenversicherung, Kinderbetreuung, Ausbildung, Altersvorsorge? Wo gehen sie ins Alters- und Pflegeheim? Und vor allem: an welchen politischen und gesellschaftlichen Prozessen beteiligen sie sich, welche Wert- und Ordnungsvorstellungen teilen sie, und welche dieser Vorstellungen wirken auf sie und ihre Handlungen zurück? Es bleibt zu vermuten, dass auch in Zukunft die lokale und nationale Integration wichtig bleiben wird, wenn auch vielleicht in anderer Form als bisher.

De- oder Renationalisierung?

„Wenn wir es erst einmal geschafft haben, innerhalb des europäischen Wirtschaftsraums mit einem Reservoir von 500 Millionen Menschen Freizügigkeit herzustellen, dann braucht die Schweiz eigentlich gegenüber weiteren Ländern weder aus ökonomischen, noch aus demographischen Gründen zusätzliche Grenzöffnungen. Abgesehen vielleicht von einigen Ausnahmen wie etwa Spezialisten besonderer Fachgebiete oder Führungskräfte multinationaler Unternehmen.“³⁸ Kontrollierte und gesteuerte Freizügigkeit im Rahmen der EU, aber Abschottung gegen alle Anderen lautet die Devise, wie sie Ökonomieprofessor Straubhaar hier vertritt. Das aber ist nichts Anderes als eine Neuauflage der alten Politik der staatlich organisierten und kontrollierten Zuwanderung. Zwar sind es nicht immer die einzelnen Staaten, denn die EU übernimmt zunehmend die Funktion früherer Einzelstaaten und schirmt das System der Wohlfahrtsstaaten hermetisch gegen aussen ab, wie es die einzelnen Länder zwar versucht, aber kaum je in diesem Ausmass vermocht haben. So stellt sich die Frage, ob wir es nicht mit einer modernen Interpretation des Staatsgedankens zu tun haben, was das Gegenteil der von den Transnationalisten vorausgesagten Auflösung der staatlichen Autoritäten wäre. Nicht „postnational“ oder „denationalisiert“³⁹ oder „extranational“⁴⁰, wie in vielen Publikationen der letzten Jahre beteuert, sondern neonational oder renationalisiert würde dann die Formel der Zukunft lauten. Staatsangehörigkeit ist nichts Anderes als die moderne Form der sozialen Positionierung von Menschen durch politische Zugehörigkeit. Deren Kernrechte und -pflichten – Wahlrecht und Wehrpflicht – wurden im Lauf der Zeit immer stärker erweitert: mit den sozialstaatlichen Rechten, der Ausbildung, dem Gesundheitswesen oder der inneren Sicherheit. Zwar beobachten wir heute eine Flexibilisierung und Öffnung, erkennbar etwa in der Diskussion um doppelte Staatsbürgerschaft oder in supranationalen Staatsbürgerschaften wie in der EU. Über den Nationalstaat legen sich also neue Ebenen der Zugehörigkeit.⁴¹ Im Transkulturalitätskonzept wird aber bisweilen so getan, als sei der Staat eine bald verschwundene, auf jeden Fall vernachlässigbare Grösse. Dass die EU mit viel Geld versucht, eine europäische Identität aufzubauen, die zwar nationale Grenzen überwinden soll, aber in der Regel bei klischierten und essentialisierten Vorstellungen von kultureller Zugehörigkeit einsetzt, unterstützt eher die These der Stärkung von Staatlichkeit, als dass sie diese schwächt.

Transnationalismus als neue Schliessung?

Es stellt sich weiter die Frage, ob die zunehmende Verflechtung nicht Auslöser einer kulturellen Schliessung werden könnte. Die Idee der Transkulturalität geht davon aus, dass die gelebte und erlebte Vielfalt eine offenere Sicht auf kulturelle Unterschiede nach sich zieht.⁴² Dies ist aber keine automatische Entwicklung. Viele als transkulturell Bezeichnete, v.a. Eliteangehörige, bleiben ihrer Kultur in einem erstaunlichen Ausmass treu, leben ‚unter sich‘ und pflegen einen Lebensstil, der trotz rhetorischer und intellektueller Offenheit sehr homogen wirkt. Sie schicken ihre Kinder in International Schools, in denen fast nur Schüler mit

38 Straubhaar, in *Avenir Suisse* (wie Anm. 7), S. 133.

39 Basch, Linda; Glick Schiller, Nina; Szanton Blanc, Cristina: *Nations Unbound. Transnational Projects, Postcolonial Predicaments, and Deterritorialized Nation-States*. Yverdon 1994; Sassen, Saskia: *The Repositioning of Citizenship: Emergent Subjects and Spaces for Politics*. Berkeley Journal of Sociology 46 (2002), S. 4–25, hier S. 5.

40 Smith, Michael Peter: *Transnationalism, the State, and the Extraterritorial Citizen*. In: *Politics & Society* 31/4 (2003), S. 467–502.

41 Vgl. Leggewie, Klaus: *Zugehörigkeit und Mitgliedschaft. Die politische Kultur der Weltgesellschaft*. In: Jäger, Friedrich u.a. (Hrsg.): *Handbuch der Kulturwissenschaften*, Bd. 1: Grundlagen und Schlüsselbegriffe. Stuttgart u.a. 2004, S. 316–333, hier S. 328–331.

42 Welsch, Wolfgang: *transkulturalität. zwischen globalisierung und partikularisierung*. In: *Jahrbuch Deutsch als Fremdsprache. Intercultural German Studies* 26 (2000), S. 327–353.

ähnlichem Hintergrund zu finden sind, treffen sich in geschlossenen Clubs und arbeiten häufig an Orten, die primär Menschen mit gleicher Ausbildung beschäftigen. Ironisch ausgedrückt: Das Transkulturelle, das gerade diese Gruppe sehr stark verkörpert, tendiert dazu, sich einem traditionellen Kulturkonzept der Abgeschlossenheit anzunähern, eine weitere ‚Kulturkugel‘, wenn auch diesmal keine räumlich abgegrenzte, zu werden. Dies scheint sich als Tendenz von der Elite weg auszubreiten auf breitere Migrationsgruppen. Auch hier fehlen aber entsprechende Untersuchungen.

Die Mittelschicht setzt sich in Bewegung

Der wesentliche Teil der Migrationsforschung beschäftigt sich mit Gruppen, die zu den wenig qualifizierten gezählt werden können; noch klein, aber wachsend, ist der Anteil der Forschung, welcher sich mit hochqualifizierten Gruppen beschäftigt. Weitgehend unbeobachtet bleibt der Bereich dazwischen: Fachleute, mittleres Kader, aber auch sehr viele Angestellte, Lehrer, Krankenpflegerinnen etc.⁴³ Diese Mittelschichts-Migration wird bisher wenig wahrgenommen, obwohl sie rasch an Bedeutung gewinnt. Warum und wo wandert der Mittelstand? Und wo wandert er nicht? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus, wären etwa zu klärende Fragen.

Auch mittlere Firmen werden in diesem Prozess immer wichtiger und aktiver: Sie bauen ein globales Netzwerk auf, um konkurrenzfähig zu bleiben. Interessant ist etwa die Tatsache, dass Schweizer Firmen Mühe haben, Schweizer für Auslandsjobs zu motivieren, da diese sich oft nur ungern vom eigenen Haus, der vertrauten Umgebung und dem sozialen Umfeld lösen. Die Firmen greifen auf Ausländer zurück, welche die Chance nutzen zu einer Sprungbrett-Migration: Sprung in Land Eins, um von dort in Land Zwei zu gelangen.

Auswanderung vernachlässigt

Schliesslich gilt es, vermehrt die Auswanderung und die Rolle der Staaten dabei zu beachten: Die Anbindung der Eliten und Hochqualifizierten an ihre Herkunftsstaaten wird zum politischen Thema, das ebenfalls wenig untersucht wird. Rosita Fibbi spricht von einer „Institutionalisierung extraterritorialer Nationalismen“, die es den Emigranten erlaubt, an ihrer Nation zu partizipieren, auch wenn sie sich ausserhalb aufhalten.⁴⁴ Auch dies untermauert die These der Renationalisierung. Es gilt, diese komplexen Bewegungen genau zu analysieren und sich nicht mit Konzepten zu begnügen, welche empirisch wenig gesichert sind. Noch immer können es sich aber wissenschaftliche Einführungen in die Migrationsforschung leisten, die Auswanderung aus reicheren Ländern nicht einmal zu erwähnen.

43 Zu den transnationalen Mittelschichten vgl. Favell, Adrian; Feldblum, Miriam; Smith, Michael Peter: *The Human Face of Global Mobility. A Research Agenda*. In: Smith, Michael Peter und Favell, Adrian (Hrsg.): *The Human Face of Global Mobility. Comparative Urban and Community Research*. New Brunswick 2006, S. 1–25; Xiang, Biao: *Ethnic Transnational Middle Classes in Formation. A Case Study of Indian Information Technology Professionals 2002*, 17. Paper presented at the 52nd Annual Conference of Political Studies Association (UK): Making Politics count. University of Aberdeen, 5-7 April 2002; Nedelcu, Mihaela (Hrsg.): *La mobilité internationale des compétences. Situations récentes, approches nouvelles*. Paris 2004, darin v.a. Meyer, Jean-Baptiste und Hernandez, Valeria: *Les diasporas scientifiques et techniques, état des lieux*, S. 19–58.

44 Fibbi, Rosita: *L'approche transnationale dans l'étude des migrations*. In: Nedelcu, Mihaela (wie Anm. 43), S. 61–75, hier S. 70; vgl. auch: Van der Poel, Cédric: *Share: une réponse suisse à la „fuite“ des cerveaux*. In: Ebd., S. 233–245.

5. Perspektiven

Wie also sollte zukünftige Migrationsforschung mit Bezug auf die Schweiz aussehen? Eine ethnisch-kulturelle Perspektive, meist verbunden mit der Vorstellung, dass hier eine Gruppe am unteren gesellschaftlichen Rand sich nach und nach Anerkennung verschafft, dabei häufig aber auch transnationale Strategien entwirft (wie etwa Türken in Deutschland, Mexikaner in den USA oder Albaner in der Schweiz), reicht in einem europäischen Kontext zunehmend weniger aus, um Migration zu verstehen, und bedarf dringend der Ergänzung durch Ansätze, welche Ein- und Auswanderungen verschiedenster gesellschaftlicher Gruppen untersuchen und zueinander in Beziehung setzen.

Wir sollten in empirischen Studien anstreben, Lebenswelten und Lebensentwürfe möglichst genau und multiperspektivisch zu fassen, diese aber auch sorgsam in einen soziopolitischen Rahmen einzubinden. Können wir etwa, um zu meinem Anfangsbeispiel zurückzukehren, mit einem ethnischen Konzept die Schwierigkeiten der Schweizer mit den Deutschen erklären? Müssten dazu nicht vielmehr genaue Erhebungen durchgeführt werden, welche die Kontaktfelder, Problemzonen, Kommunikations- und Sozialformen, die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen, wohl aber auch die historischen Entwicklungen einbeziehen? Vielleicht würden wir dann besser verstehen, dass eine auf den ersten Blick ideale Lösung – wie es die Migration der Deutschen in die Schweiz in einer kulturalistischen ebenso wie in einer ökonomischen Perspektive zu sein scheint – doch keine so einfache ist – oder dass – allgemein formuliert – die Migration ihr Gesicht verändert und wir unsere Forschungsstrategien entsprechend anpassen müssen.